

Der "burmesische Weg zum Sozialismus" vor dem Ende?

Mit der offenkundigen Krise des Regimes in Burma stellt sich auch die Frage nach den Wurzeln der gegenwärtigen dramatischen Entwicklungen. Die vorliegende kurze Skizze politischer und historischer Hintergründe wurde von der Autorin Anfang Juni nach einem Aufenthalt im Land abgeschlossen. Ihre Analyse endet mit der Prognose einer sich rapide verschärfenden Krise, die sich seitdem drastisch bestätigt hat.

"Burma - Golden Land - The fairest place in the world." So wird das asiatische Land fremden Besuchern angepriesen. Doch wer kennt schon diesen weißen Fleck auf dem Globus, der von der Weltöffentlichkeit ignoriert wird. Schlagzeilen machte Burma in den letzten Jahren nur, wenn ausländische Touristen bei Flugzeugabstürzen oder Anschlägen ums Leben kamen oder bei Studentenunruhen wie im März mindestens 26 Burmesen getötet wurden.

Der "burmesische Weg zum Sozialismus"

Seit der gewaltsamen Machtergreifung durch General Ne Win 1962, der eine Militärdiktatur unter sozialistischen Vorzeichen errichtete, verfolgte Burma eine kontinuierliche Abschottungspolitik nach außen. Die Ziele des "burmesischen Weges zum Sozialismus", einem Versuch, eine neue Form des Sozialismus zu definieren, lauten: Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung aller Volksgruppen und Kampf gegen Verwestlichung. Von diesem 1962 proklamierten Zielkatalog ist nur der letzte Punkt mit großem Engagement verfolgt und durchgesetzt worden. Von 1961 bis 1971 konnte Burma nur mit einem Transitvisum von 24 Stunden besucht werden. Westliche Konsumprodukte wie Coca Cola waren, wenn überhaupt, nur im Diplomatic Store in Rangoon erhältlich. Sie wurden überwiegend über die thailändische Grenze ins Land geschmuggelt. Erst nach 1971 begann eine zögerliche Öffnung gegenüber Touristen, denen von diesem Zeitpunkt an ein Kurztrip von sieben Tagen nach Burma gestattet wurde. Allerdings durften und dürfen auch heute nur bestimmte Städte besucht werden; der Großteil des Landes ist für Touristen nicht zugänglich. Burma entwickelte sich trotz dieser Einschränkungen zum Sprungbrett zwischen Thailand und Indien bzw. Nepal. Heute kommen jährlich um die 30.000 Touristen ins Land.



Massendemonstration vor der Sule-Pagode im Zentrum von Rangoon

Foto: Asiaweek

Seit 1977 schlug sich diese Neuorientierung bezüglich der Außenkontakte auch in der Wirtschaftspolitik nieder. Als Pendant zur Öffnung gegenüber den Touristen wurde westliches Kapital ins Land geholt, um vor allem die heimische Erdölproduktion zu forcieren. Insgesamt sollte neben der Landwirtschaft, dem Hauptzweig der Wirtschaft, in dem fast 70 % der Bevölkerung Beschäftigung findet und fast die Hälfte des Nationaleinkommens erwirtschaftet wird, behutsam die Industrieproduktion ausgebaut werden. Daneben knüpfte man seit 1976 Kontakte zu multilateralen Organisationen wie der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltbank. Auch Länder wie die BRD und Japan traten als Kreditgeber auf und finanzierten zahlreiche Entwicklungsprojekte. 1984 kam es sogar zur Bildung eines Joint-venture-Unternehmens mit einer deutschen Maschinenfabrik.

Wirtschaftskrise

Trotz der weltweiten Rezession in den achtziger Jahren konnte Burma hohe Wachstumszahlen zwischen 5 und 7 % im Bereich der Wirtschaft aufweisen. Sorgen bereitete nur der Verfall der Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte, die Burma hauptsächlich exportiert. So sind Reis und Teak- bzw. Edelhölzer die wichtigsten Devisenbringer mit einem Anteil von über 50 % der Exporterlöse. Trotz steigenden Exportes gingen die Deviseneinnahmen zurück. Inzwischen müssen schon 80 % der Exporterlöse für die Rückzahlung von Krediten bzw. an Zinsen aufgewendet werden. Der ohnehin zögerliche und vorwiegend auf westliches Kapital gegründete Industrialisierungsprozeß verzögerte sich durch das Ausbleiben einheimischer Unterstützungsinvestitionen. Westliche Kapitalgeber zeigten immer weniger Interesse an einem Ausbau ihrer Investitionstätigkeit und verlagerten ihre Wirtschaftsaktivitäten in andere süostasiatische Länder.

Als großes Problem entwickelte sich für Burma trotz relativer wirtschaftlicher Prosperität im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern der Region die Inflation, die bei über 7 % mit steigender Tendenz lag. 1985 und 1987 zog die Zentralregierung die monetäre Notbremse und entwertete die höheren Banknoten. An ihre Stelle traten im September des vergangenen Jahres die Fünfundvierzig- und die Neunzig-Kyat-Geldscheine. Im Jahr 1985 war eine Summe bis zu 5000 Kyat noch voll umtauschbar. Höhere Beträge wurden nur zu einem Teil eingelöst. Bei den Aktionen des letzten Jahres verloren aufgrund der diesmal entschädigungslosen Entwertung viele Sparer ihr gesamtes

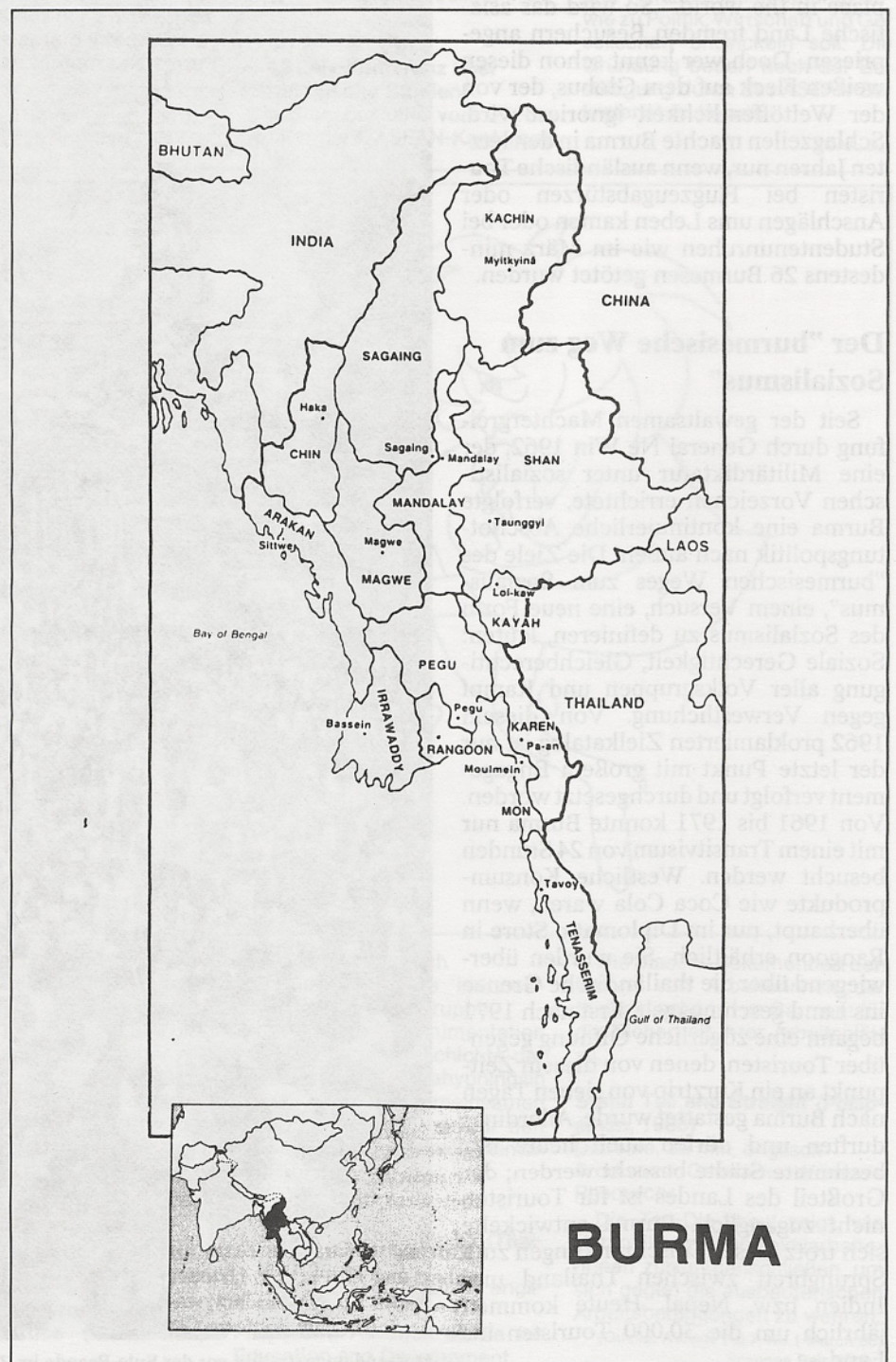
Sparguthaben, das sie zu Hause angehäuft hatten. Zudem lösten diese Maßnahmen beträchtliche Unruhe auf dem Schwarzmarkt aus, da über Nacht große Mengen an Zahlungsmitteln unbrauchbar wurden und man weitere Eingriffe und ein härteres Vorgehen gegen den Schwarzhandel befürchtete.

Guerillakrieg

Zu dieser Wirtschaftlichen Krisensituation kommt das weiterhin ungelöste Problem mit Guerillagruppen und Rebellenorganisationen im eigenen Land hinzu, die teilweise ethnisch, teilweise politisch-ideologisch motiviert sind. (Siehe: Burmas Guerilla im Überblick) Dabei kam es nach Berichten von

amnesty international zu Massakern an unbeteiligten Zivilisten, vor allem Angehörigen der Volksgruppen der Karen, Mon und Kachin. In den Rebellengebieten werden inzwischen von Seiten der burmesischen Armee Techniken angewandt, die als "Counterinsurgency" und "Low-Intensity-Warfare" Guerillabekämpfungsmethoden bezeichnet werden, die schon von den Briten und den USA während ihrer "Tätigkeit" in Asien angewendet wurden.

Wichtig ist hierbei das Konzept der "Neuen Dörfer", wie sie auch jetzt in Burma entstanden sind. Dabei werden Dörfer in Rebellengebieten zu "Wehrdörfern" umfunktioniert, wo die Bevölkerung ständig unter Kontrolle des Mil-



tärs steht. Diese vollständige Bewachung der Dorfbewohner soll verhindern, daß diese die Rebellen unterstützen. Viele Dorfbewohner, die sich weigerten, dem Militär als Träger oder Führer zu dienen, wurden schwer mißhan-

delt. Andere fanden den Tod, als sie gezwungen wurden, Truppen durch Minenfelder zu führen. Insgesamt sind etwa 200 Fälle von Hinrichtungen und Folterungen in den letzten Monaten bekannt geworden, wobei die Infor-

mationslage sehr schwierig ist, da die Gebiete, in denen Minderheiten leben, für Ausländer insgesamt - nicht nur für Touristen - gesperrt sind.

Daneben findet man im Norden, im Zentrum des Rauschgiftschmuggels,

Burmas Guerilla im Überblick

Seit Mitte 1986 ist es zu einer Zusammenarbeit zwischen der kommunistischen Guerilla unter Führung der an China orientierten **Kommunistischen Partei Burmas (CPB)** und dem Bündnis der wichtigsten Nationalitätenorganisationen der **Nationalen Demokratischen Front (NDF)** gekommen. Damit steht der etwa 180.000 Soldaten umfassenden Armee Burmas eine koordinierte Guerillastreitmacht von fast 25.000 Aufständischen gegenüber. Dadurch steht das Regime der Sozialistischen Programm Partei Burmas vor der größten militärisch-politischen Herausforderung seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre, wo die kommunistische Guerilla allein bereits einmal einen ähnlichen Umfang erreicht hatte. Die Schlüsselkräfte des Guerillabündnisses, die CPB und die KIO-KIA stimmen zwar formal in ihrer Forderung nach einer föderalen Republik mit autonomen Regionen und einem pluralistischen Mehrparteiensystem in wichtigen formalen Punkten einer politischen Perspektive überein, inhaltlich jedoch werden ansatzweise die Differenzen deutlich, wenn die PCB hierfür als mögliche Vorbilder die VR China und osteuropäische Staaten nennt, die KIO-KIA dagegen Indien, Thailand, Malaysia oder die Schweiz.

Kommunistische Organisationen

Kommunistische Partei Burmas (CPB). Die größte der im Aufstand befindlichen Organisationen. Nach der Aufnahme des Guerillakriegs bereits 1948 hatte sie in der Mitte der siebziger Jahre ihren bisher größten Umfang mit etwa 23.000 Guerillas erreicht. Nach einer Reihe schwerer militärischer Niederlagen Anfang der achtziger Jahre ist ihre Stärke auf gegenwärtig 10.000 zurückgegangen. Heute kontrolliert die Partei noch ein etwa 20.000 qkm großes Gebiet im Nordosten des Shan-Staates und entlang der chinesischen Grenze im Kachin-Staat. Darüber hinaus operieren ihre Verbände in mehreren sogenannten "Guerillazonen" entlang des Shweli-Flusses im Zentrum des Shan-Staates

und in einigen anderen Gebieten. Etwa 400.000 Menschen leben heute unter der Herrschaft der CPB.

Shan-Staat Nationalitäten-Befreiungsorganisation (SSN-LO). Eine de facto von der CPB geführte Organisation des Pa-O Volkes, das im Südosten des Shan-Staates lebt. Stärke: rund 200-300 Guerillas, die aber in der Regel durch CPB-Verbände verstärkt werden.

Kayan-Neuland-Rat (KNLC). Eine pro-CPB-Organisation der Kayan oder Padaung. Stärke: weiger als 100 Guerillas, die in den Bergen im Südwesten des Shan-Staates operieren.

Karenni-Volksbefreiungsorganisation. Eine pro-CPB-Splitterorganisation unter den Karenni oder Kayah. Stärke: vielleicht 50 Guerillas im Kayah-Staat.

Nationale Demokratische Front (NDF)

Dieses Bündnis der verschiedenen aufständischen Nationalitätenorganisationen gliedert sich auf in Nord-, Zentral- und Süd-Kommando, die die jeweiligen Verbände der einzelnen Organisationen regional koordinieren.

NDF / Nord-Kommando: Gesamtstärke etwa 10.500-11.000 Guerillas.

Kachin-Unabhängigkeitsorganisation / Armee (KIO / KIA). Die mit Abstand stärkste der Nationalitätenorganisationen. Sie hat heute etwa 8000 Guerillas unter Waffen und kontrolliert ein Gebiet von etwa 40.000 qkm im Kachin-Staat und in den von Kachin bewohnten Berggebieten im Norden des Shan-Staates. Die 1961 gegründete KIO-KIA begann als eine unter zahlreichen anderen separatistischen Gruppen, wurde aber schnell die militärisch effektivste, u.a. wohl deshalb weil sie den lukrativen Jadehandel im Kachin-Staat kontrolliert und so zur finanziell stärksten Rebellengruppe werden konnte. Zur politisch führenden Kraft wurde sie spätestens 1976 nach der Wahl von Brang Seng zum Vorsitzenden der KIO. Die separatistische Orientierung wurde aufgegeben und stattdessen ein Konzept regionaler Autonomie für das Land verfolgt. Die KIO wurde in der Folge zur Architektin der NDF als Zusammenschluß der meisten aufständischen Nationalitätenorganisa-

tionen und dominiert deren Politik. 1986 setzte sie in der NDF eine Politik des Bündnisses mit der bis dahin bekämpften CPB durch. Politisch steht die KIO eher rechts. Sie unterhält gute Kontakte zu rechten Gruppierungen in den USA, Taiwan und Südkorea; sie hat sogar eine Publikation über das "Kachinland" durch die "Anti-Kommunistische Weltliga" gesponsert. Andererseits erhält sie auch Waffen aus der VR China.

Shan-Staat-Fortschrittpartei / Shan-Staat-Armee (SSPP / SSA). Stärke: etwa 2000-2500 Guerillas, die im Shan-Staat westlich des Salween-Flusses operieren.

Palaung-Staat-Befreiungsorganisation / Armee (PSLO / PS-LA). Stärke: etwa 500 Guerillas, die im Palaung-Gebiet im Norden und Nordosten des Shan-Staates operieren.

NDF / Zentral-Kommando: Gesamtstärke etwa 1300-1500 Guerillas

Wa Nationalorganisation / Armee (WNO / WNA). Stärke: 600-700 Guerillas, die von Stützpunkten entlang der thai-burmesischen Grenze operieren. Die eigentliche Wa-Region wird aber von der CPB kontrolliert.

Pa-O Nationalorganisation / Armee (PNO / PNA). Stärke: 300-500 Guerillas, die in den von Pa-O bewohnten Bergen im Süden des Shan-Staates operieren und dort sozusagen mit der SSN-LO konkurrieren.

Nationale Fortschrittspartei der Karenni / Karenni-Armee (KNPP / KA). Stärke: 400 Guerillas, die östlich des Salween-Flusses im Kayah- (Karenni-) Staat operieren.

NDF / Süd-Kommando: Gesamtstärke etwa 4000 Guerillas
Karen-National-Union / Nationale Befreiungsarmee der Karen (KNU / KNA). Stärke: 3500-3700 Guerillas, die entlang der thai-burmesischen Grenze operieren. Im Hauptsiedlungsgebiet der Karen, dem Irrawaddy-Delta südlich von Rangoon, hat die Organisation jedoch nur einen begrenzten Einfluß.

Neue Mon-Staats-Partei / Nationale Befreiungsarmee der Mon (NMSP / MNL). Stärke: rund 300 Guerillas, die im Gebiet um den Drei-Pagoden-Paß an der Grenze zur thailändischen Kanchaburi-Provinz operieren.

Arakan-Befreiungspartei / Armee (ALP / ALA). Stärke: etwa 50-60 Guerillas, die von Stützpunkten der KNU entlang der thailändischen Grenze aus operieren. Die Organisation verfügt über keine militärische Präsenz im eigentlichen Arakan-Staat.

Weitere kleinere Organisationen

Mon: Eine Abspaltung der NMSP in Stärke von etwa 200 Guerillas unter Führung von Nai Shwe Kyin, die im gleichen Bereich operieren wie die NMSP

Naga: Der Nationale Sozialistische Rat des Nagalands verfügt etwa über 500 Guerillas, der Naga Nationalrat etwa über 160. Beide Gruppen werden von Nagas aus Indien geführt und operieren im oberen Sagaing-Gebiet.

Rohingya: Patriotische Front der Rohingya und die Rohingya Solidaritätsorganisation sind beide in internationalen islamischen Organisationen aktiv, verfügen aber über keine nennenswerte militärische Präsenz in ihrem Heimatstaat Arakan.

Arakan: Die Kommunistische Partei Arakans ist ein Überbleibsel der alten "Rote Fahne"-Organisation und soll noch über einige Dutzend Guerillas im Arakan-Staat verfügen.

Warlords

Der mächtigste "Warlord im Shan-Staat ist Chang Shee Fu alias Khun Sha. Seine Privatarmee umfaßt etwa 2100 Kämpfer, die den größten Teil der Grenze zwischen Thailand und dem Shan-Staat sowie einige Gebiete bei Tang yan im Norden des Shan-Staates kontrollieren. Der Revolutionäre Tai-Rat (TRC) unter Moh Heng umfaßt einige hundert Kämpfer und kooperiert seit einiger Zeit eng mit Changs Privatarmee. Deswegen haben sich etwa 450 Kämpfer unter Führung von Kan Chit abgespalten, die im Wang Yung - Pan Mau Gebiet im Westen des Shan-Staates operieren.

Quelle: Burma-Serie von Bertil Lintner in: FEER v. 28.5. 1987: 47-58 (hier insb. 48/49) und FEER v. 4.6. 1987: 27-34. Zusammengestellt von Frithjof Schmidt

Privatarmeen der jeweiligen Opiumkönige der Region. Hier ist das Regierungengagement bezüglich einer Eindämmung des Rauschgifthandels jedoch beschränkt. Diese bewaffneten Gruppen dienen der Regierung als Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung des immensen Militär- und Polizeiapparates, der im Staatshaushalt mit über 1,5 Milliarden Kyat den weitaus größten Posten bei den laufenden Ausgaben ausmacht. Dem Erziehungswesen als zweitgrößtem Haushaltsbereich steht rund ein Drittel weniger zu, gefolgt vom Transportwesen, das weniger als die Hälfte des Verteidigungshaushaltes ausmacht. Das Aufständischenproblem ist jedoch nicht nur ein politisches Problem, sondern hat auch großes wirtschaftliches Gewicht. Große Bodenschätze an Kupfer, Eisenerz, Blei u.a., aber auch Edelmetalle und -steine liegen in Gebieten, die von der Regierung nicht voll kontrolliert werden, und bilden damit einen ungehobenen Schatz, der ein enormes wirtschaftliches Potential darstellen könnte.

Tourismus als Krisenfaktor

Als weiterer Faktor, der die Krisensituation verschärft, stellt sich die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung dar: Westliche Produkte werden zwar vermehrt auf dem Schwarzmarkt angeboten, werden jedoch für die einheimische Bevölkerung immer kostspieliger. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag 1986 bei 180 US-Dollar und hat sich in den letzten beiden Jahren kaum erhöht. Damit liegt Burma auf Platz zehn der ärmsten Länder der Welt. Die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen, die am Tourismus und auf dem Schwarzmarkt verdienen, und denen, die keine Kontakte zu Ausländern haben bzw. nach außen unterhalten, vergrößert sich. Verdient ein Fabrikarbeiter in Burma um die 1 bis 2 Kyat pro Stunde, so verdient ein Trishaw-Fahrer, der auf seinem fahrradähnlichen Fortbewegungsmittel Touristen durch die Gegend chauffiert, 20 bis 25 Kyat.

Seit einigen Monaten ist eine zunehmend restriktiver werdende Politik nach außen festzustellen. 1987 wurden Beschränkungen für freies Unternehmertum erlassen, die vorwiegend auf ausländische Firmen und Agenten abzielten, da in Burma nur die Landwirtschaft zu großen Teilen noch privat organisiert ist. Die Ministerien bekamen zusätzliche Kompetenzen im Bereich des Außenhandels, die die Kontrolle Burmas über Geldtransaktionen und Investitionstätigkeit stärken sollten. Die Abwicklung des Außenhandels sollte verstärkt über die jeweiligen Ministerien erfolgen; dieses Verfahren war für die staatlichen Betriebe und

Genossenschaften schon üblich, sollte jetzt aber auch auf privatwirtschaftliche Betriebe ausgedehnt werden.

Ebenso zog man die Zügel bezüglich der Tourismuspolitik straffer an. Jeder Individualtourist muß jetzt 100 US-Dollar zwangsweise umtauschen, die er während der Woche seines Aufenthaltes verbrauchen muß, da kein Rücktausch möglich ist und auch keine Kyat ausgeführt werden dürfen. Die Preise für Übernachtungen u.ä. stiegen zum März dieses Jahres drastisch an. Preiserhöhungen von über 100 % waren keine Ausnahme. Die Visakosten verachteten sich teilweise. Dies alles geschah ohne Vorankündigung und zum völligen Erstaunen ausländischer Besucher. Die Absicht, die sich dahinter verbirgt, ist deutlich zu erkennen: Rucksacktouristen, die sich recht offen und frei unter der Bevölkerung bewegen, westliche Konsumgüter auf den Schwarzmarkt werfen und damit zur Verbreitung westlichen Lebensstils beitragen, sollen aus dem Land zurückge-

massiven Kontrollen bei Ein- und Ausreise befreit. Sie bleiben dafür jedoch geschlossen als Gruppe zusammen, bereichern die Staatskasse in größerem Maße als es die Rucksacktouristen tun und absolvieren das Besuchsprogramm, das ihnen von "Tourist Burma", dem einzigen, staatlich geführten Reisebüro, zusammengestellt worden ist, ohne Einspruch zu erheben.

Die Opposition wächst

Als Auswirkungen der Politik der "harten Gangart" mit verstärkter gewalttätiger Repression gegenüber den einheimischen Oppositionsgruppen und Aufständischen, finanziellem Druck auf Rucksacktouristen sowie Beschränkungen für ausländische Firmen können jetzt schon eine große Unsicherheit und Angespanntheit unter den Ausländern wie den Einheimischen festgestellt werden.

Der Unmut macht sich besonders unter den Studenten, die sich ihrer Mög-



Ne Win (links) und Maung Maung (hinten rechts)

Foto: Asiaweek

drängt werden. Vor ein paar Jahren wäre es z.B. für die Einheimischen undenkbar gewesen mit einem Rambo-T-Shirt in Rangoon herumzulaufen. Wenn, dann wurden sie höchstens erworben, um sie daheim in einer Truhe aufzubewahren und Freunden zu zeigen, wie bei uns eine Briefmarkensammlung gezeigt wird. Heute interessieren sich schon die buddhistischen Mönche dafür und diese T-Shirts westlicher Machart gehören zum Stadtbild. Des weiteren sind es gerade die Rucksacktouristen, die besonders engen Kontakt zur Bevölkerung, besonders zu Jugendlichen und Studenten pflegen, die als Hauptoppositionsgruppe gegenüber der Zentralregierung neben den ethnisch und ideologisch motivierten Rebellengruppen zu betrachten sind.

Demgegenüber sind Pauschaltouristen vom Zwangsumtausch und den

lichkeiten beraubt und von externen Informationen abgeschnitten sehen, Luft. "San Yu ist kein Gorbatschow Asiens, sondern regiert mit stalinistischen Methoden. Das war schon unter Ne Win so. Nur die Namen, aber sonst nichts hat sich geändert." So hörte man es nicht nur einmal in Gesprächen. Die nächsten Monate werden zeigen, ob Staatspräsident San Yu und General Ne Win als immer noch starker Mann im Hintergrund verhindern können, daß das Faß gesellschaftlicher Unzufriedenheit zum Überlaufen gebracht wird. Bis jetzt funktionierte die Repressionspolitik. Bleiben jedoch erst die Touristen und westliche Kapitalinvestitionen aus, könnte eine Verschärfung der Situation eintreten, die ein zweites Südkorea befürchten lassen. **Sylvia Wisniwski** (Leichte redaktionelle Kürzungen und Zwischenüberschriften von der Redaktion)